

Hanspeter Mattes

Deutsches Orient-Institut, April 2002

Die politischen Auswirkungen des „11. September“ in Nordafrika¹

Die terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 in New York und Washington, die relativ schnell auf das al-Qa^cida-Netzwerk Usama Ibn Ladins als Urheber zurückgeführt werden konnten, lösten zwangsläufig auch in den nordafrikanischen Staaten Reaktionen und Positionsbestimmungen aus. Diese Reaktionen fielen je nach Staat und je nach innen- wie außenpolitischer Konstellation² unterschiedlich aus. Offensichtlich ist jedoch, dass der 11. September zwei Entscheidungsprozesse auslöste: Der *erste* betrifft die generell von den arabischen Staaten beschlossene Form der Unterstützung der von den USA formierten Antiterrorcoalition; der *zweite* Entscheidungsprozeß dreht sich um die Frage, welche antiterroristischen Maßnahmen proislamistische Staaten oder Staaten, denen die USA die Unterstützung des internationalen Terrorismus vorwerfen, ergreifen können, um potentiell mögliche Antiterroraktionen der USA gegen Ziele in ihrem eigenen Land zu verhindern.

¹ Der folgende Beitrag konzentriert sich auf die politischen und innerislamischen Auswirkungen der Anschläge, lässt also die ökonomischen Folgen (drastischer Rückgang des Tourismus vor allem in Marokko und Ägypten, weniger in Tunesien; Verluste der regionalen Luftfahrtgesellschaften; verändertes Investitionsverhalten der ausländischen wie der lokalen Investoren usw.) außer Betracht. Vgl. hierzu den entsprechenden Beitrag von Aziz Alkazaz in: Nahost-Jahrbuch 2001, Opladen: Leske + Budrich 2002 (im Erscheinen). Auch wenn der Schwerpunkt der Ausführungen auf den Auswirkungen in den nordafrikanischen Staaten liegt, so wird bei einigen Teilaspekten die gesamtarabische Positionsbestimmung (z.B. innerislamische Debatte; Definitionsproblematik Terrorismus versus legitimer Widerstand) wiedergegeben.

² Relevant diesbezüglich war das Ausmaß interner Sympathie für bzw. Konfrontation mit Islamisten; der Grad der ökonomischen Abhängigkeit von den USA; das Ausmaß politischer Kooperation mit den USA.

1. Die Reaktion der Staatsführungen auf den 11. September

1.a. Regierungspositionen

Mit Ausnahme des Irak reagierten alle arabischen Staatsführungen mit der dezidierten Ablehnung der Anschläge. Daraus erfolgte aber nicht zwingend eine genauso eindeutige Befürwortung der Antiterrorkoalition und eine aktive Beteiligung an Antiterrormaßnahmen. Dies hing insbesondere mit den gesellschaftlichen Gruppen in einzelnen Staaten zusammen, die teilweise einer solchen Politik äußerst kritisch gegenüberstanden und den Regierungen einen schwierigen Balanceakt zwischen außenpolitisch opportunem Verhalten gegenüber den USA und innenpolitischen Zugeständnissen an weit verbreitetes antiamerikanisches Protestpotential³ aufzwingen.

Marokko

Der marokkanische König Mohammed VI. verurteilte noch am 11.9. die Anschläge und sagte ebenso wie die marokkanische Regierung den USA die Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus zu. Der König warnte die US-Administration jedoch vor unüberlegten Racheaktionen und plädierte statt einer militärischen Aktion für eine Lösung des Terrorismuskomplexes auf kooperativem Verhandlungsweg. Im Einklang mit den Positionen der marokkanischen Parteien, Gruppen der Zivilgesellschaft und Intellektuellen fragte der König nach den Motiven für die Anschläge und korrelierte diese mit dem (einseitigen proisraelischen) Verhalten der USA im Nahostkonflikt. Wie die anderen nordafrikanischen Staaten unterstützte auch die marokkanische

³ Vgl. Faath, Sigrid/Mattes, Hanspeter: Antiamerikanismus und politische Gewalt. Ausdrucksformen und Potential in Nordafrika/Nahost, Hamburg, November 2001 (Wuqûf-Kurzanalysen Nr. 13), 31 S.

Staatsführung die UNO-Resolution vom 28.9.2001 und sagte seine Unterstützung im Kampf gegen Terrorismus zu – allerdings nur im Rahmen internationaler Mechanismen. Diese Position akzentuierte sich nach Beginn der Luftangriffe auf Afghanistan am 7.10.2001. Wieder wurde die Unterstützung von Antiterrormaßnahmen bekräftigt und erwartet, dass bei militärischen Aktionen das Leben der Zivilbevölkerung geschont wird. Premierminister Youssoufi sprach am 8.10. schließlich davon, dass die Ausweitung des Antiterrorkampfes auf andere Regionen nicht wünschenswert sei. Zugleich brachte er die Sorgen vor einer „nicht maßvollen Antwort“ zum Ausdruck. Erneut wurde auch die Palästinafrage thematisiert, die über die Anschläge vom 11. September und den Antiterrorkampf nicht vergessen werden sollte genauso wie im Einklang mit der *Arabischen Liga* und der *Organisation Islamische Konferenz* betont wurde, dass der palästinensische Kampf nicht als Terrorismus, sondern als legitimer Widerstand einzustufen sei. Versöhnlich gab sich die marokkanische Staatsführung insofern, als sie am 16.9. – auf Initiative König Mohammeds – zur Abwehr des in einigen Medien beschworenen kommenden „Kampfes der Kulturen“ einen ökumenischen Gottesdienst in der Kathedrale von Rabat abhielt und alle terroristischen Akte „ungeachtet ihres Motivs“ ablehnte.

Algerien

Die algerische Staatsführung um Präsident Bouteflika, die umgehend die Anschläge vom 11. September verurteilte, sprach sich am 19.9. offiziell für die Teilnahme an der internationalen Koalition gegen Terrorismus aus, formulierte aber gleichzeitig Bedingungen: So dürfe sich die internationale Antiterrorkoalition weder gegen ein Land, gegen Zivilisten noch gegen eine Religion (Islam) richten. Ausgeschlossen wurde ferner durch Außenminister Belkhadem ein militärisches

Engagement Algeriens bei Antiterroraktionen ohne UNO-Mandat. Nach dem Beginn der Operationen in Afghanistan wiederholte Präsident Bouteflika die Solidaritätsbekundungen mit dem amerikanischen Volk, machte aber deutlich, dass Algerien als arabisches und islamisches Land in keinem Fall Ausgangspunkt von Aggressionen gegen andere arabische und islamische Staaten sein werde. In diesem Rahmen haben bislang vor allem die algerischen Sicherheitsdienste und das Militär Kontakte zu den USA gepflegt, ohne dass ein weitergehendes aktives Engagement in der Antiterrorcoalition (insbesondere in Phase II nach Abschluß der Afghanistanoperationen) zur Diskussion stehen würde.

Tunesien

In Tunesien verurteilte die Staatsführung am 12.9. die Anschläge und betonte, dass sie gegen jede Art terroristischer Gewalt sei und deshalb bereits in früheren Jahren dem Kampf gegen (islamistischen) Terrorismus hohe Priorität zukommen ließ. Nach Beginn der Afghanistanoperationen wurde diese nüchterne Positionsbestimmung mehrfach wiederholt und gleichzeitig für eine umfassende Strategie gegen Terrorismus plädiert, die politische, wirtschaftspolitische und finanzielle Maßnahmen umfassen und den Kampf gegen Armut vordringlich verfolgen müsse, weil die Armut aus Sicht der tunesischen Staatsführung eine der wichtigsten Vorbedingungen für Terrorismus sei.

Libyen

Libyen, das seit den 1980er Jahren mit den USA in einem Spannungszustand lebt und auf der US-Liste Terrorismus fördernder Staaten steht, verurteilte entgegen allen Vermutungen gleichfalls die Anschläge vom 11. September und nahm eine bedingt solidarische Haltung zu den USA ein. So bezeichnete

Revolutionsführer Qaddafi am 12.9. die Anschläge als „horrifying“ (Nachrichtenagentur JANA), sprach den Opfern sein Beileid aus und gestand in einer Fernsehansprache am 16.9. den USA sogar das Recht auf Vergeltung zu. Qaddafi betonte aber auch, dass ein Militärschlag in Afghanistan das eigentliche Problem, nämlich die Existenz eines antiamerikanisch motivierten Terrorismus nicht beseitigen werde, dazu bedürfe es einer Änderung der US-Politik. Im übrigen sei – so Qaddafi im Einklang mit den meisten anderen arabischen Staatsführungen – Terrorismus noch nicht hinreichend definiert und dementsprechend laufe die am 7.10. in Afghanistan begonnene Antiterroraktion Gefahr, selbst terroristisch zu sein. Libyen werde jedenfalls – so Qaddafi gegenüber dem in Tripolis weilenden französischen Entwicklungshilfeminister Josselin – „nicht blind dem US-Kurs folgen“ (Le Monde, 25.10.2001).

Ägypten

Ägypten, im Hinblick auf die Beziehungen zu den USA der Antipode zu Libyen, handhabte die Situation trotz der engen Kooperation mit den USA und der hohen finanziellen Abhängigkeit nicht signifikant anders als die libysche Revolutionsführung: Die ägyptische Staatsführung um Präsident Mubarak verurteilte die Anschläge vom 11. September, lehnte aber Gegenaktionen, die zivile (d.h. unschuldige) Opfer fordern würden, ab. Die Regierung machte deutlich, dass sie Solidarität im Kampf gegen Terrorismus zeigen werde, sich aber in keiner Allianz gegen den Terrorismus aktiv engagieren würde. Eine Teilnahme an einer militärischen Koalition und Aktion gegen den Terrorismus außerhalb eines UNO-Rahmens oder bei einer Beteiligung Israels wurde abgelehnt und von Präsident Mubarak sogar nach dem Sturz der Taliban (Rückzug aus Kabul am 13.11.2001) ein Angriff auf ein arabisches Land (in der Phase II des

Antiterrorkampfes) für ausgeschlossen erklärt. Präsident Mubarak plädierte vielmehr in verschiedenen Erklärungen Ende September/Oktober 2001 dafür, dass sich primär die arabischen und islamischen Staaten im Kampf gegen Terrorismus zusammenschließen und dass der Antiterrorkampf in eine Langzeitstrategie eingebettet wird, an deren Anfang eine UNO-Konferenz steht. Er warnte darüber hinaus am 17.9. zu glauben, dass mit der Tötung Ibn Ladins das Terrorismusproblem beseitigt sei; vielmehr werde dies nur eine neue Generation von Terroristen hervorbringen. Die Ursachen des Terrorismus seien viel stärker in Betracht zu ziehen. Präsident Mubarak stellte insbesondere auch eine Korrelation zwischen erfolgreicher Terrorismusbekämpfung und der Lösung des Nahostkonflikts her und betonte in diesem Zusammenhang wie andere arabische Staatschefs den Unterschied zwischen kriminellen, terroristischen Akten und Akten legalen Widerstands wie in Palästina. Wie der tunesische Präsident Ben Ali und der algerische Präsident Bouteflika kritisierte Präsident Mubarak im Hinblick auf die anlaufende Terrorismusbekämpfung die Politik der USA und europäischer Staaten, die lange Jahre von den nordafrikanischen Behörden wegen Verwicklung in terroristische Akte gesuchten Islamisten Asyl gewährten und damit den Aufbau terroristischer Netzwerke begünstigten.

1.b. Maßnahmen zum Schutz vor US-Antiterrorereingriffen

In der zweiten Novemberhälfte,⁴ insbesondere nach der Einnahme Kabuls durch die Nordallianz, verstärkten sich die Ankündigungen eines „globalen Feldzuges“ (Präsident Bush) gegen den Terrorismus über die Grenzen Afghanistans hinaus: „Afghanistan ist erst der Anfang im Krieg gegen den Terror. Es gibt andere

⁴ Noch im Oktober 2001 bestritt US-Außenminister Powell, dass es Pläne für Angriffe auf andere Länder gebe; vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 12.10.2001 (Derzeit keine US-Pläne für Angriffe auf andere Staaten).

Terroristen, die Amerika und unsere Freunde bedrohen, und andere Nationen als willige Sponsoren. Wir werden diese Übeltäter über die Jahre auf der ganzen Welt bekämpfen.“⁵ Insbesondere die just zu diesem Zeitpunkt von Präsident Bush formulierte Aufforderung an Saddam Husain, die UNO-Waffeninspektoren wieder in den Irak zu lassen, wurde in den Medien als Auftakt zur zweiten internationalisierten Phase des Krieges gegen den Terrorismus interpretiert.⁶ Wenngleich es von offizieller Seite (Pressesprecher des *State Department* Richard Boucher) am 19.11.2001 hieß, dass bislang keinerlei Entscheidung über Militäroperationen gegen oder in Drittstaaten gefallen seien, wurde in den US-Medien immer mehr über weitere Militäreinsätze in Drittstaaten spekuliert⁷ und dabei besonders der Irak als potentielles Ziel von Antiterrorismusmaßnahmen aufgebaut. Allerdings konnte hierbei keine direkte Verbindung Qa'ida-Irak als Begründung herangezogen werden; es mussten folglich andere Motive gefunden werden: „Any one seeking links between the Taliban's Mohammad Omar and Saddam Hussein need only look at how each has brutalized his own people (...).“ „In plain language, that means Iraq, which has also been abandoned by the world to fester in the hands of a band of criminal psychopaths pretending to be a government.“⁸

Mitte Januar 2002 verdichtete sich die Bereitschaft der USA zu weiteren Antiterrorismuseinsätzen außerhalb Afghanistans; die aus Afghanistan geflohenen Qa'ida-Kämpfer mit Zielrichtung Somalia, Jemen, aber auch den Golfstaaten und möglicherweise dem Sudan lieferten erst recht den Anlaß, zumindest Somalia und Jemen ins Visier zu nehmen. Am 8.1.2002 äußerte in diesem Kontext US-

⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 23.11.2001 (Bush kündigt globalen Feldzug an).

⁶ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 28.11.2001 (Phase II im Anti-Terror-Kampf).

⁷ Vgl. z.B. al-Ahram, Kairo, 26.11.2001 (al-harb al-amrikiya); L'Opinion, Rabat, 24.11.2001 (Les USA s'interrogent: Qui frapper après l'Afghanistan).

Verteidigungsminister Rumsfeld in einem Beitrag für die *New York Times*, dass es in der gegenwärtigen Antiterrorismusstrategie darum gehe, „Terrorismusorganisationen in Ländern wie Somalia, dem Jemen, Indonesien und den Philippinen Zuflucht und Unterstützung zu verweigern“.⁹ Er wies lobend darauf hin, dass die genannten Staaten zwar einige entschiedene Schritte zur Terrorismusbekämpfung getan hätten (s.u.), nicht jedoch der Irak, dessen Präsident Saddam Husain „lediglich vorübergehend den Kopf eingezogen habe“. US-Außenminister Powell seinerseits warnte am 9.1.2002 Somalia und „andere Staaten“, dass sie die nächsten Ziele werden könnten, wenn sie nicht energisch Antiterrorismusmaßnahmen umsetzen.¹⁰ Offen blieb, ob die US-Streitkräfte gleichzeitig oder sukzessive gegen die neuen Ziele vorgehen würden.¹¹

Die Ankündigungen der US-Administration zur möglichen Ausweitung der Antiterrorismusbekämpfung auf Drittstaaten in der Region Nordafrika/Nah- und Mittelost¹² haben neben den indizierten Staaten sowohl die Regionalorganisationen *Arabische Liga* und *Organisation Islamische Konferenz* als auch von Beschuldigungen nicht direkt betroffene Drittstaaten in der Region (in erster Linie Ägypten) zu Reaktionen veranlaßt. Die *Arabische Liga* hat vor allem in der Person ihres Generalsekretärs Amr Musa in zahlreichen sukzessive erfolgten Erklärungen deutlich vor einem Angriff auf einen arabischen Staat

⁸ Jim Hoagland in: *International Herald Tribune*, Frankfurt a.M., 19.11.2001 (If it's "never again", stop ignoring terrorism's host regimes).

⁹ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Frankfurt a.M., 9.1.2002 (Wieder Schläge auf Al-Qaida-Lager).

¹⁰ Vgl. *al-Ahram*, Kairo, 10.1.2002 (wazir al-kharijiyah al-amriki).

¹¹ Vgl. *International Herald Tribune*, Frankfurt a.M., 10.1.2002 (Terrorist havens. Discuss the next steps); offensichtlich ist, dass das Vorgehen nicht einem vorher festgelegten „Drehbuch“ folgt, sondern dem „durchsetzbaren Notwendigen“: „Still, the White House seems not to have many ready answers about its own next moves.“ (ebenda, 11.1.2002)

¹² Die lokalen Reaktionen der Staatsführungen, gesellschaftlicher Gruppen/Organisationen (Religionsgelehrte; Parteien; Menschenrechtsorganisationen usw.) auf die Anschläge in New York und Washington am 11.9.2001 sowie auf den Beginn des Afghanistankriegs am 7.10.2001 stehen hier nicht im Mittelpunkt. Sie sind in der Tagespresse und anderen Periodika ausführlich dokumentiert. Allerdings hat es nicht den Anschein – um mit dem ehemaligen israelischen Botschafter in Deutschland, Avi Primor, zu sprechen – „als machte sich Präsident Bush tatsächlich

gewarnt und einen solchen Angriff inakzeptabel genannt: „The Arabs will never accept targeting any Arab country in the war against terrorism, and everyone knows that such a move would represent a U-turn in efforts to establish an international coalition.“¹³ Gleiches gilt für die *Organisation Islamische Konferenz*, die u.a. anlässlich ihres Außenministertreffens in Doha am 10.10.2001 mit ähnlich scharfen Worten die regionale Ausdehnung des militärischen Antiterrorismuskampfes abgelehnt hat. Von den arabischen Staatschefs war es der ägyptische Präsident Mubarak, der besonders offensiv weitere US-Angriffe zurückwies und sich in seinen öffentlichen Verlautbarungen überzeugt zeigte, dass es Angriffe auf ein arabisches Land auch nicht geben werde.¹⁴ Zugleich wurde in Kairo wie in anderen arabischen Hauptstädten trotz aller Zustimmung zur Entmachtung des Talibanregimes und der ansatzweisen Zerschlagung des Qa^cida-Netzwerkes Kritik an der US-Liste der terroristischen Organisationen geübt, wie diese Liste al-Qa^cida auf die gleiche Stufe stellt wie die Hizbollah oder Hamas. Für die überwältigende Mehrheit der arabischen Öffentlichkeit sind Hizbollah und Hamas jedoch legitime Widerstandsgruppen, keine Terrorgruppen.¹⁵ Dies hatte zur Konsequenz, dass sich vor allem die Staatsführungen Libanons und Syriens für eine (UNO-)Konferenz aussprachen, auf der eine genaue Definition von *Terrorismus* und *legitimen Widerstand* als Grundlage für außenpolitisches Handeln vorgenommen werden soll.¹⁶

große Sorgen über die Befindlichkeiten in der arabischen Welt“ (Die Welt, Berlin, 3.12.2001: Der Terror wird Amerika und Israel nur fester aneinander binden).

¹³ BBC, London, 4.11.2001 (Arab League head says any attack on Arab states unacceptable); vgl. auch BBC, 10.10.2001 (Arab League chief warns against attacks on Arab countries).

¹⁴ Vgl. z.B. al-Ahram Weekly, Kairo, 18.10.2001 (Peacemaking as a weapon. Cairo confident that no Arab country will be targeted by US); al-Hayat, London, 18.10.2001 (Mubarak: Washintun ...).

¹⁵ Vgl. L'Opinion, Rabat, 15.11.2001 (Tollé arabe concernant la liste américaine); Arabische Politologen diskutierten diese Problematik bereits Mitte September 2001 in Kairo; Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 18.9.2001 (Eine Entmachtung der Taliban wäre eine große Hilfe für die arabische Welt).

¹⁶ Vgl. al-Ahram Weekly, Kairo, 8.11.2001 (What is terrorism?); Le Temps, Tunis, 14.9.2001 (Ne pas confondre terrorisme et résistance); vgl. zuletzt die Bemühungen von Präsident Asad Mitte

Neben den Regionalorganisationen haben die von den USA hinsichtlich der Terrorbekämpfung indizierten Staaten (mit Ausnahme des Irak) selbst mit unterschiedlich weitreichenden Maßnahmen reagiert und damit versucht, sich aus dem „Schussfeld“ zu nehmen.

Jemen: Die Aufnahme des Jemen in den engeren Kreis potentieller Ziele für amerikanische Antiterrorismusmaßnahmen – vor dem Hintergrund der gespannten Beziehungen wegen der bisherigen Duldung von terroristischen *safe havens* auf jemenitischem Territorium und wegen des Anschlags auf den US-Zerstörer Cole am 12.10.2000 – führte zu einer relativ ausgeprägten Kooperationsbereitschaft der jemenitischen Staatsführung um Präsident Salih mit dem Ziel, es zum „worst case“ eines Angriffs/einer Intervention nicht kommen zu lassen. Nur wenige Tage nach den Anschlägen vom 11.9.2001 hat der jemenitische Außenminister al-Qirbi die Bereitschaft seines Landes bei der Bekämpfung des Terrorismus betont;¹⁷ erste Verhaftungen von *arabischen Afghanen* (nicht unbedingt al-Qa^cida-Mitgliedern) und ausländischen Islamisten folgten¹⁸ genauso wie Maßnahmen zur Zerschlagung des Finanznetzwerks Ibn Ladins. Die Rahmenbedingungen der starken Kooperation mit dem CIA und FBI sowie der eigenen Antiterrorismusmaßnahmen wurden dann von Präsident Salih anlässlich seines Besuchs in den USA ab 24.11.2001 festgelegt.¹⁹ Teil der Abmachungen war im Gegenzug zur Bereitstellung von Wirtschaftshilfe die Zusage des Jemen zum verstärkten Vorgehen gegen islamistische Gruppen und Qa^cida-Mitglieder einschließlich der Festnahme von Stammesführern, die mit solchen Personen sympathisieren, und der Neutralisierung aller Lager islamistischer Gruppen im

Januar 2002; L’Orient-le Jour, Beirut, 15.1.2002 (Assad s’entretient avec Bush et appelle à définir le terrorisme).

¹⁷ BBC, London, 20.9.2001 (Minister says ...).

¹⁸ Vgl. Le Monde, Paris, 13.10.2001 (Le Yémen, Ben Laden et les « afghans »).

Gebiet Marib, Hadramaut, Abyan und Shabwa. Die aktive Umsetzung dieser Vereinbarungen²⁰ ist ein Beweis für den unter dem Eindruck asymmetrischer Machtverhältnisse und dem dezidierten Auftreten der USA nach dem 11.9.2001 erzwungenen Wandel, zu dem es wenig Spielraum gab: „Given a choice between the Bush administration being very unhappy with him (Präsident Salih, d.V.) and trying to do more, he quickly decided what was in his best interest“.²¹

Somalia: Die drei Herrschaftsgebiete Somalias (Somalia, Somaliland und Puntland) sehen sich seit September 2001 nicht nur wegen ihrer Einbeziehung in das Qa'ida-Netzwerk²² im Visier des US-Antiterrorismuskampfes, sondern auch seit November 2001 wegen der Möglichkeit, dass nach dem Sturz des Talibanregimes Qa'ida-Kämpfer via Pakistan in einem der somalischen Teilgebiete, primär bei der *Ittihad al-islami*²³ in Puntland, Zuflucht suchen.²⁴ Somalia fungiert deshalb auf einem der oberen Plätze jener Liste von Staaten, in denen die US-Streitkräfte als nächstes ihren Antiterrorismuskampf fortsetzen wollen.²⁵ Nach Angaben aus US-Militärkreisen soll die US-Armee trotz des Desasters von 1993 einen Einsatz in Somalia vorbereiten. Unter dem Druck der USA haben die politischen Verantwortlichen in den somalischen

¹⁹ Vgl. al-Ahram Weekly, Kairo, 29.11.2001 (Profession of fealty. Yemen is leaning over backwards to prove its loyalty to the American war against terrorism).

²⁰ Unter dem Damoklesschwert der amerikanischen Drohungen kam es ab 18.12.2001 tatsächlich zu ersten massiven Angriffen auf Islamistenlager und zur Verhaftung von Qa'ida-Mitgliedern; Anfang Januar 2002 wurden 20 Stammesführer verhaftet. Vgl. Details International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 19.12.2001 (Yemeni forces attack Bin Laden Associates); Financial Times, London, 19.12.2001 (Hunt for terrorist stepped up as US focuses on Yemen); Yemen Times, Sanaa, 14.1.2002 (Tribal sheikhs detained).

²¹ Washington Post, Washington D.C., 31.12.2001 (Yemen); vgl. auch International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 24.12.2001 (Change in Yemen).

²² Vgl. Xinhua, 12.12.2001 (U.S. Official accuses Somalia of harbouring terrorists).

²³ Zur islamistischen *Ittihad al-islami* vgl. L'Orient-le Jour, Beirut, 26.9.2001 (Somalie) und Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 17.11.2001 (Usama bin Ladins langer Schatten in Somalia).

²⁴ Dieser Fluchtweg soll durch entsprechende westliche (deutsche) Marinepräsenz (Kontrolle des Personen- und Warenverkehrs am Horn von Afrika) unterbunden werden; vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 5.1.2002 (Größter deutscher Marineeinsatz seit 1945; 12 Schiffe unterwegs nach Ostafrika). Hinzu kommen verstärkte Aufklärungsflüge der US-Luftwaffe.

²⁵ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 16.11.2001 (Schlüsselrolle für Somaliland); Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 29.11.2001 (Somalia sieht sich zunehmend im

Herrschaftsgebieten aber auch • vor dem 11.9.2001 undenkbar • Zugeständnisse gemacht (amerikanische Ermittler im Dezember in Baidoa/Somaliland; Verhaftung von acht Irakern in Mogadischu/Somalia am 19.12.2001; Zulassung eines UN-Teams Mitte Dezember 2001 zur Evaluierung möglicher Verbindungen zwischen Institutionen/Personen und al-Qa^cida). Der somalische Kriegsherr Husain Muhammad Aidid hat (aus Eigeninteresse) für einen US-Militäreinsatz plädiert bzw. den USA gar seine aktive Hilfe im Kampf gegen den Terrorismus (der anderen somalischen Fraktionen) angeboten.²⁶

Sudan: Im Sudan, wo mit der Entmachtung Hasan al-Turabis bereits im Dezember 1999 ein außenpolitischer Kurswechsel und eine langsame Distanzierung von terroristischen islamistischen Gruppen²⁷ stattgefunden hat, bedeuteten die Anschläge vom 11.9.2001 lediglich eine Stärkung der bereits im Vorjahr angelaufenen Kooperation zwischen sudanesischen Sicherheitsbehörden und CIA/FBI.²⁸ Trotz der in den Medien zirkulierenden Berichte, dass der Antiterrorismuskampf in Bälde auf andere Länder ausgedehnt werde,²⁹ gab sich die sudanesische Staatsführung angesichts der ergriffenen Maßnahmen (bislang zurecht) sicher, dass es einen solchen Schritt gegen den Sudan nicht geben werde.³⁰ Die sudanesischen Sicherheitsbehörden haben als Teil ihres Beitrags zur Antiterrorismuskolalition nicht nur im November 2001 mehrere der Verwicklung in Terrorismus verdächtige ausländische arabische Residenten an die US-Behörden überstellt und die Sicherheitsmaßnahmen an den Grenzen verschärft,

Visier); al-Ahram Weekly, Kairo, 27.12.2001 (Somalia next on the block?); International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 5.1.2002 (U.S. sharpens focus on Somalia).

²⁶ Frankfurter Rundschau, Frankfurt a.M., 29.12.2001 (Kriegsherren plädieren für Militäreinsatz in Somalia); L'Orientation Jour, Beirut, 7.1.2002 (Chef de guerre). Abdullahi Yussuf (Puntland) offeriert gleichfalls Hilfe gegen das „terroristische Somalia“; vgl. Financial Times, London, 21.1.2002 (Puntland's ex-president).

²⁷ So hielt sich Usama Ibn Ladin von 1993-1996 im Sudan auf und baute die *Qa^cida international* auf.

²⁸ AP, 17.9.2001 (Sudan will cooperate with U.S. in hunt for terrorists).

²⁹ Sunday Times, London, 25.11.2001 (US targets three more countries).

um eine Infiltration von flüchtigen Qa^cida-Mitgliedern zu verhindern,³¹ sondern sich auch bei der Offenlegung der Qa^cida-Finanzstruktur und der Einfrierung von Konten aktiv gezeigt.

Iran, Libyen, Syrien: Die iranische Staatsführung, die durchaus ein nationales Interesse am Sturz des Talibanregimes hatte³² und insofern die Antiterrorismuskolalition verhalten unterstützte, was zunächst zu einer vorsichtigen Annäherung an die USA führte, hat in verschiedenen Erklärungen deutlich die Grenzen einer gemeinsamen Antiterrorismusbekämpfung aufgezeigt. Zum einen hat Revolutionsführer Khamenei wiederholt geäußert, dass er eine Bekämpfung des Terrorismus unter der Ägide der UNO, nicht jedoch der USA befürwortet;³³ zum anderen hat Außenminister Kharrazi mehrfach für die notwendige Definition von Terrorismus (in Abgrenzung zu legitimem Widerstand) und dessen Wurzeln plädiert, was zwangsläufig eine Neubewertung des „palästinensischen Terrorismus“ und der Haltung zu Israel zur Folge habe.³⁴

Im Gegensatz zu dieser harten Frontlinie zwischen Iran und USA³⁵ ist die Antiterrorismuskoooperation Libyens und Syriens mit den USA flexibler und pragmatischer. Der libysche Revolutionsführer Mu^cammar al-Qaddafi hat so z.B. ziemlich unerwartet den USA das Recht auf Vergeltung zugebilligt (s.o.). Die libyschen Sicherheitsbehörden, seit Beginn der 1990er Jahre bis etwa 1997/98 selbst in blutige Auseinandersetzungen mit islamistischen Oppositionsgruppen verwickelt, haben zudem den US-Behörden „nützliche und umfangreiche“ Informationen u.a. über Qa^cida-Mitglieder zur Verfügung gestellt. Zweifellos

³⁰ AFP, 12.12.2001 (Sudan says it is not a potential US target in „anti-terror war“).

³¹ Vgl. AFP, 25.12.2001 (Sudan taking steps).

³² Vgl. Financial Times, London, 15.10.2001 (Pragmatic Iran has own reasons for wanting an end to Taliban).

³³ Vgl. z.B. BBC, London, 27.9.2001 (Khamenei says Iran will not support US-led move against terrorism).

³⁴ WPD, 29.9.2001 (Iran unanimous with Arab states over fighting terrorism).

geschah all dies nicht aus purer Hilfsbereitschaft für das Terroropfer USA,³⁶ sondern durchaus auch mit der politischen Absicht, die endgültige Aufhebung der UNO-Sanktionen und der US-Sanktionen zu erreichen und den außenpolitischen Handlungsspielraum zu maximieren. Die USA ihrerseits erkennen die libyschen Bemühungen an; Außenminister Powell hat denn auch im Dezember 2001 gemeint: „Libya has been moving in a more positive direction with respect to his activities.“³⁷ Diskussionen zur Streichung Libyens von der US-Liste der Terrorismus unterstützenden Staaten sind im Gange.³⁸

Die syrische Staatsführung verfolgte gleichfalls einen Kurs der vorsichtigen Teilnahme an der Antiterrorismuskalition. So ließ Präsident Bashshar al-Asad noch am Tag der Terroranschläge Hunderte von Islamisten verhaften und ihre Namen dem US-Botschafter in Damaskus überreichen und signalisierte die Möglichkeit von Gesprächen bzw. einer verstärkten Kooperation.³⁹ Zugleich äußerte Präsident Asad aber auch Vorbehalte: So werde die Antiterrorismuskoooperation nicht der US-Agenda folgen,⁴⁰ sondern müsse unter UNO-Aufsicht („UN umbrella“) erfolgen und habe auch das Problem Syriens mit seinen Terroristen (=Muslimbrüder)⁴¹ zu berücksichtigen wie generell erst das

³⁵ Die Verhärtung der Positionen führte Anfang Januar 2002 zur deutlichen Warnung Präsident Bushs an den Iran „not to aid al-Qaeda“ (International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 11.1.2002).

³⁶ Die Terrorismusbekämpfung Libyens datiert nicht erst seit dem 11.9.2001, sondern geht bereits auf das öffentliche Bekenntnis zu einer solchen Politik gegenüber dem italienischen Premierminister D’Alema (1.12.1999) zurück.

³⁷ Washington Post, Washington D.C., 31.12.2001; Powell nannte allerdings auch noch die bestehenden Störfaktoren: “But until we get through the PanAm 103 problem, there will be limits to what we can do with Libya. There is also no question that Libya continues to dabble in weapons of mass destruction development, so I’m not sure how we give them a very high mark.”

³⁸ Al-Ahram, Kairo, 6.1.2002 (Ittissalat sirriya).

³⁹ BBC, London, 8.11.2001 (Syria. Defence minister reiterates to join fight against terrorism); L’Orient-le Jour, Beirut, 9.1.2002 (Assad: Nous voulons coopérer avec les USA dans la lutte contre le terrorisme).

⁴⁰ BBC, London, 10.10.2001 (Syrian president says cooperation on terrorism will not follow „US agenda“).

⁴¹ Vgl. International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 15.1.2002 (Syria recasts its war on Muslim Brotherhood as Anti-Terrorist).

Problem der Definition von Terrorismus (im Unterschied zu legitimem Widerstand) gelöst werden müsste.⁴²

Trotz dieser skizzierten Integration der genannten Staaten in die Antiterrorismuskalition ist die Gefahr einer als „antiterroristische Maßnahme“ begründeten militärischen Aktion der USA gegen diese Staaten nicht definitiv ausgeräumt, denn aus US-Sicht könnten diese Staaten noch etliches mehr unternehmen.⁴³ Diese Einschätzung der US-Administration gilt im übrigen auch für das Engagement ihrer arabischen Verbündeten in der Region (in erster Linie Saudi-Arabien und die Golfstaaten).⁴⁴

1.c. Kampf gegen politische und ökonomische Ursachen des Terrorismus

Kurz nach den Anschlägen vom 11. September stellte der Friedensforscher Ernst-Otto Czempiel in einem Interview die opportune Frage, „wie wir überhaupt in eine Situation gekommen (sind), in der solche Attentäter entstehen“.⁴⁵ Czempiel bezeichnete dies als die entscheidende Frage, die der Westen an sich selbst richten müsse. Bei der Beantwortung kristallisierten sich schnell zwei Bedingungsfaktoren heraus (1. soziale Missstände;⁴⁶ 2. der ungelöste Nahostkonflikt⁴⁷), die auch in der Analyse vor Ort, also seitens nordafrikanisch/nahöstlicher Politiker als ursächlich für terroristische Handlungen

⁴² Vgl. L’Orient-le Jour, Beirut, 15.1.2002 (Assad s’entretient avec Bush et appelle à définir le terrorisme).

⁴³ Vgl. z.B. Senator Shelby: „Sudan and Yemen can do a lot more“ (Washington Post, 31.12.2001);

⁴⁴ Vgl. Martin Indyk, Ex-Unterstaatssekretär für Nahost, in: International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 27.11.2001 (America’s Arab Allies need to do much better).

⁴⁵ Interview in: Die Welt, Berlin, 13.9.2001 (Eine Reaktion auf die Globalisierung).

⁴⁶ Vgl. z.B. Peter Lock: Die sozialen Wurzeln des Terrorismus, in: E+Z, Bonn, Oktober 2001, S. 289; die katholischen Bischöfe Europas: „Armut und Hunger sind Nährboden für Terrorismus“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 25.10.2001; Andrew Johnston: Disposition of wealth are seen as fuel for terrorism, in: International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 20.12.2001.

⁴⁷ Vgl. zur Korrelation von antiterroristischem Kampf und der Regelung des Nahostkonflikts entsprechende Ausführungen von Bundeskanzler Schröder den Kommentar in: L’Orient-le Jour, Beirut, 12.10.2001 (Schröder: Lutte antiterroriste et résolution du conflit au Proche-Orient sont liées).

angesehen werden. So warnten die arabischen Botschafter/Politiker vor der UNO-Vollversammlung im November 2001 davor, das Augenmerk zu stark und zu einseitig auf die Terrorismusbekämpfung als Symptom zu richten, statt die Ursachen in den Mittelpunkt zu stellen; sie forderten eindringlich die Verstärkung des Kampfes gegen Armut und andere soziale Probleme sowie einen besseren Ausgleich zwischen Nord und Süd.⁴⁸ Der jordanische König Abdallah betonte, abgeleitet aus dieser Forderung, im Februar 2002 vor dem Weltwirtschaftsforum in New York die Notwendigkeit eines „Marshallplans für die muslimische Welt“⁴⁹ Hinsichtlich der politischen Faktoren wurde nahezu unisono der Nahostkonflikt als zentraler Faktor für die Entstehung von Terrorismus bezeichnet. Insbesondere im Mashriq waren es der syrische Präsident Asad,⁵⁰ der saudische Verteidigungsminister Sultan Ibn Abd al-Aziz und der Kronprinz von Abu Dhabi, Shaikh Khalifa Ibn Zayid al-Nuhayyan,⁵¹ die je nach Perspektive den Nahostkonflikt, Israel oder das Jerusalemproblem als Terrorismusursache bestimmten und die Auffassung vertraten, dass hier eine Konfliktlösung auch das Ende des Terrorismus mit sich bringen würde.⁵² Im Maghreb äußerten sich in diesem Sinne der algerische Präsident Bouteflika und der marokkanische König Mohammed VI. insbesondere in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des sog. *al-Quds-/Jerusalem-Komitees* der Arabischen Liga ähnlich.

2. Reaktionen der Bevölkerung

⁴⁸ Vgl. L’Orient-le Jour, Beirut, 12.11.2001 (La lutte contre le terrorisme ne doit pas éclipser le combat contre la pauvreté) ; IRNA, 11.3.2002 (Iran : Officiel calls for drastic campaign against root causes of terrorism).

⁴⁹ Süddeutsche Zeitung, München, 5.2.2002.

⁵⁰ Le Temps, Tunis, 16.9.2001 (La Syrie: Israël coupable de terrorisme).

⁵¹ BBC, London, 25.10.2001 (Factors behind terrorism must be tackled).

⁵² So der saudische Verteidigungsminister in: El Moudjahid, Algier, 23.10.2001 (Le règlement du problème d’El-Quds „mettra fin auf terrorisme“).

2.a. Allgemeine Reaktionen

Neben den Staatsführungen bezogen vor allem gesellschaftliche Gruppen (Parteien; zivilgesellschaftliche Organisationen; religiöse Vereinigungen und Religionsgelehrte) zu den Anschlägen vom 11. September, zur Antiterrorkoalition und zum Krieg in Afghanistan (Sturz der Taliban; Zerschlagung des Qa^oida-Netzwerkes) in der Öffentlichkeit Stellung.⁵³ Die Reaktionen selbst haben mit Beginn der Luftangriffe auf Afghanistan am 7.10.2001 an Schärfe gewonnen, als es auch in Kairo und Khartum zu ersten gewalttätigen Protesten kam, die indes überwiegend von Studenten organisiert worden waren. In den nordafrikanischen Staaten gab es unterschiedlich intensive Positionsbestimmungen und Kritik. Während in Libyen die geringste öffentliche Diskussion festzustellen war und die Medien sich nahezu ausschließlich zum Sprachrohr des von Revolutionsführer Qaddafi vorgegebenen Kurses machten, gab es in Tunesien immerhin eine umfangreiche Berichterstattung, deren Tenor von Sachlichkeit geprägt war. Größere Auseinandersetzungen mit unterschiedlicher Ausrichtung gab es dagegen in Algerien, Ägypten und Marokko:

Algerien. Ungeachtet der politischen und politisch-religiösen Orientierung wurden die Anschläge verurteilt. Im Zentrum der Kritik stand allerdings bei den nichtislamistisch orientierten Organisationen das Ausland, weil es der terroristischen Gefahr seit Anfang der 1990er Jahre keine Aufmerksamkeit schenkte und es vorzog, im Hinblick auf die innenpolitischen Entwicklungen in Algerien von Bürgerkrieg statt von „kriminellen Akten terroristischer Gruppen“ zu sprechen, und weil es den Terroristen Unterschlupf gewährte. Alle Parteien forderten schließlich einen Kampf gegen Terrorismus „im Rahmen der

internationalen Legalität“. Mehrfach tauchte auch die Forderung auf, Algerien müsse wegen der internen Auseinandersetzung mit den islamistischen Terroristen ebenfalls von der Terrorismusbekämpfung profitieren.

Ägypten. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Vereinigungen und Parteien sowie die Mehrzahl der Medien verurteilten die Anschläge. Diese Verurteilung reichte von den Kopten (offizielle Erklärung am 13.9.2001), linken, nationalistischen bis hin zu den islamistischen Parteien und Organisationen. Ihre Position insgesamt ähnelt derjenigen Präsident Mubaraks. Weitgehende Einigkeit herrschte auch bei der Beurteilung der Ursachen der Anschläge vom 11. September, die in der Politik der USA, ihrer Arroganz, ihrem Dominanzgebahren und ihrer Haltung gegenüber Israel gesehen werden. Einigkeit herrschte auch bei der Ablehnung eines Angriffs auf Afghanistan. Die am 7.10.2001 begonnenen Angriffe auf Afghanistan lösten eine generelle verbale Ablehnung aus. Mit Ausnahme der Studenten, die anlässlich ihrer Protestdemonstrationen an mehreren Universitäten auf dem Universitätsgelände ab 8.10.2001 auch Flaggen der USA, Großbritanniens und Israels verbrannten,⁵⁴ war die Stimmung – auch bedingt durch die scharfen Sicherheitsvorkehrungen, die eine öffentliche Demonstration (d.h. außerhalb des Universitätsgeländes) unmöglich machten – jedoch nicht gewaltsam. Die Stimmung, so *al-Ahram Weekly* (Kairo, 11.10.2001), sei durch „Ärger“ auf die USA bestimmt gewesen.

⁵³ Dabei ist die Gruppe der Religionsgelehrten (ulama) und islamistischen Gruppen am nachhaltigsten aktiv geworden; sie werden deshalb gesondert betrachtet (s.u.).

⁵⁴ Die Studentenproteste ab 8.10.2001 mobilisierten an verschiedenen Universitäten (u.a. in Kairo, Alexandria, Zaqaziq, Mansoura) mehrere Tausend Personen (Cairo Times, 11.10.2001). Die Slogans und Banderolen waren antiamerikanisch. Neben Allahu-Akbar-Rufen waren Anti-USA- und Anti-Israel-Parolen zu hören (BBC, London, 11.10.2001) und es waren Pro-Ibn-Ladin-Plakate zu sehen („Usama Ibn Ladin, Verteidiger der Unterdrückten“).

Marokko. Im Unterschied zum „offiziellen Marokko“ nahmen vor allem die Oppositionsparteien, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen eine kritische und damit bevölkerungsnahe Haltung zu den Ereignissen ein. Nach mehr oder weniger formalem Bedauern der Anschläge vom 11. September und einer zum Ausdruck gebrachten Ablehnung des Terrorismus betrieben die meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen „Ursachenanalyse“ und kamen zu dem Ergebnis, dass die USA die Anschläge selbst provoziert hätten. Von der linken Organisation *Annahj addimuqrati* wurde z.B. in einer Erklärung vom 8.10. die „von den Völkern der Welt abgelehnte aggressive Tendenz des US-Imperialismus“ verantwortlich gemacht; die Ereignisse des 11. Septembers waren demzufolge nichts anderes als „les fruits amers des politiques de pillage et d’exploitation et des marques d’arrogance de l’impérialisme américain“. Die Kooperation in einer von den USA kontrollierten Antiterrorallianz wurde daher vehement abgelehnt. Die Menschenrechtsaktivisten der *Association Marocaine des Droits de l’Homme* argumentierten ähnlich; sie sahen in einer Erklärung vom 8.10.2001 als Ursache der Anschläge die eigenmächtige Übernahme der „Weltpolizistenrolle“ durch die USA und die amerikanische „strategische Unterstützung des zionistischen Terrorismus in Palästina“. Weitere Organisationen brachten die ungerechtfertigte amerikanische Irakpolitik in die Argumentation mit ein. Unabhängige Intellektuelle wie die bekannte Professorin Fatima Mernissi oder der Historiker Abdessalam Cheddad warnten die USA am 20.9.2001 vor den irreparablen Ungerechtigkeiten, die der geplante Krieg gegen die Taliban mit sich bringen werde.⁵⁵ Tenor aller Stellungnahmen war spätestens ab dem 7.10.2001, Marokko solle den „barbarischen Krieg der USA“ gegen Afghanistan nicht unterstützen. Diese Positionen reflektieren die Meinung des

⁵⁵ BBC Monitoring, London, 22.9.2001 (Intellectuals urge Bush to favour justice over war option).

größten Teils der Bevölkerung und schlugen sich in der Berichterstattung bzw. den Kommentaren der Presse nieder, wo Worte wie „inakzeptabel“ (L'Opinion, 12.10.2001), Fragen wie „Wo sind die Beweise für Ibn Ladins Schuld?“ (L'Opinion, 7.10.2001), „Krieg ist keine Lösung“ (Libération) usw. das Meinungsbild widerspiegeln.⁵⁶

In einer ersten Umfrage von Ende September lehnten 88 % der Befragten eine Beteiligung Marokkos an militärischen Aktionen der Antiterrorallianz ab (al-Hayat, 29.9.2001); bei einer zweiten Umfrage der Zeitung „al-Ahdath al-maghribiya“ vom 29.10.2001 stieg dieser Prozentsatz auf 90 % an; die Befragten (1.011 Personen) hielten zwar zu 75 % die Urheber der Anschläge vom 11.9. für „Fanatiker, die das Bild des Islam beschmutzen“, waren andererseits zu 72 % der Auffassung, dass Usama Ibn Ladin nicht der Urheber der Anschläge ist. Der gleiche Prozentsatz hielt die proisraelische Politik der USA für den Hauptgrund der Anschläge.⁵⁷

2.b. Religionsgelehrte

Die Religionsgelehrten und islamistischen Gruppen setzten sich – wie nahezu alle Oppositionsparteien – durchgehend kritisch mit der amerikanischen Reaktion auf die Anschläge vom 11. September auseinander. Einziger gemeinsamer Tenor aller Gruppen war allerdings nur die Verurteilung „terroristischer Angriffe auf die USA“; über Ursachen, Reaktion und die Bekämpfungsmaßnahmen gab es hingegen vielfältige divergierende Einschätzungen.

⁵⁶ Vgl. Stimmen in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 22.9.2001 (Schließt sich Marokko der Koalition an?); L'Orient-le Jour, Beirut, 10.10.2001 (La presse marocaine embarrassée par l'attaque).

⁵⁷ AFP, Rabat, 29.10.2001 (Une majorité de marocains opposés aux frappes contre l'Afghanistan).

Die Ulama in Marokko. Die *Liga der Ulama* (offizielles staatliches Organ der marokkanischen Religionsgelehrten) und der Religionsminister gaben ursprünglich keine eigenständigen Erklärungen zu den Anschlägen ab, da für sie König Mohammed in seiner Eigenschaft als oberster Religionsvertreter („Kommandeur der Gläubigen“) sprach. Die Zurückhaltung modifizierte sich, als am 18.9.2001⁵⁸ 16 nicht der *Liga der Ulama* angehörende Religionsgelehrte eine Fatwa erstellten und am 5.10. öffentlich verkündeten, die nicht nur mit der Politik des Königs kollidierte, sondern ihm auch die religiöse Legitimität absprach, indem proklamiert wurde: „La seule autorité religieuse, c’est nous.“⁵⁹ Diese Fatwa, unter Federführung des „dissidenten Religionsgelehrten“ Driss Kettani (zur Zeit Generalsekretär des *Club de la pensée islamique*) verfasst, erklärte nicht nur die Unterstützung der USA (gegen Muslime) zur Apostasie,⁶⁰ sondern erklärte generell jede Allianz, die gegen eine islamische Organisation oder einen islamischen Staat gerichtet sei, für unzulässig. Daneben wurde Kritik am ökumenischen Gottesdienst (Rabat, 16.9.2001)⁶¹ zugunsten der Opfer der Anschläge geäußert und die USA dringend aufgefordert, die Gründe für den Haß der Bevölkerungen auf die USA zu untersuchen und dementsprechend ihre internationale Politik zu ändern. Die Fatwa löste großen Widerhall in Marokko aus, weil der antiamerikanische Tenor dem Empfinden der Öffentlichkeit entsprach; angesichts des mobilisierungsfähigen Themas wurde allerdings von direkten Gegenmaßnahmen (z.B. Verhaftung Kettanis) abgesehen, sondern lediglich vom Religionsministerium am 10.10.2001 eine Stellungnahme erlassen,

⁵⁸ Auslöser für diese Reaktion war die vom Religionsministerium für das Freitagsgebet vom 14.9.2001 erstellte Predigt, die dem offiziellen Tenor gemäß von den Anschlägen in den USA am 11.9.2001 als einem „Angriff auf die Freiheit“ sprach; dies stieß auf Widerspruch.

⁵⁹ Maroc hebdo, Casablanca, 26.10.2001 (Dr. Driss Kettani, l’auteur de la fetwa anti-américaine. „La seule autorité religieuse, c’est nous“).

⁶⁰ Vgl. Maroc hebdo, Casablanca, 5.10.2001 (Soutenir les USA est une apostasie).

⁶¹ Vgl. zu dem Gedenkgottesdienst: Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 29.9.2001 (Marokkanische Geste gegenüber Amerika).

dass „nobody and no group has the right to issue fatwas, apart from the body of ulema whose higher council is chaired by King Mohammed VI, Emir al-Mouminine“.⁶² Im Gegensatz zu diesen Auseinandersetzungen im September/Oktober 2001 sind seither die Äußerungen von Religionsgelehrten zum Thema Terrorismus nahezu versiegt.

Die Ulama in Ägypten. In Ägypten leitete der in Qatar lebende und via Satellit zu sehende berühmte islamistische (Fernseh-)Prediger Yusuf al-Qardawi die kritischen Einwände gegen die Antiterrorkoalition ein. Qardawi begründete am 16.9.2001 in Form einer Fatwa, warum bei einem US-Angriff auf Afghanistan den islamischen Staaten eine Kooperation mit dem USA verboten sei.⁶³ Selbst der von Präsident Mubarak ernannte Großscheich der al-Azhar-Moschee, Scheich Tantawi, nahm eine kritische Position ein; er unterstützte zwar Mubaraks Forderung nach einer internationalen Antiterrorismuskonferenz, kritisierte jene Staaten, „die Terroristen unterstützen“ (al-Hayat, 18.9.2001), betonte, dass der Islam gegen Terrorismus in allen seinen Formen ist und gestand sogar zu, dass ein angegriffener Staat das Recht auf Selbstverteidigung habe,⁶⁴ um sich im Oktober nach Beginn der Luftoperationen vehement gegen die Luftschläge auszusprechen. Begründung: „Man darf kein ganzes Volk strafen, die Bestrafung muß den Kriminellen verabreicht werden.“⁶⁵ Zahlreiche andere Rechtsgelehrte der Azhar und Imame waren in ihrer Argumentation hingegen eindeutig antiamerikanischer

⁶² BBC Monitoring, London, 11.10.2001 (Islamic Affairs Ministry says nobody entitled to issue fatwas at will).

⁶³ Details vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 18.9.2001 (Keine Hilfeleistung) und al-Ahram Weekly, Kairo, 20.9.2001 (Clerics).

⁶⁴ Vgl. El-Moudjahid, Algier, 18.9.2001 (Le cheikh d'El Azhar).

⁶⁵ L'Orient-le Jour, Beirut, 30.10.2001 (L'Imam d'al-Azhar).

und aggressiver:⁶⁶ Eine Gruppe von Azhar-Gelehrten warnte vor den Plänen der USA, gegen die „islamischen und nationalistischen Kräfte“ in der Region vorgehen zu wollen (al-Hayat, 22.9.2001); eine andere Gruppe beschuldigte die USA, ausschließlich israelischen Interessen zu dienen; weitere Imame bezeichneten „die Bombardierung unschuldiger Zivilisten in Afghanistan als Terrorismus“.⁶⁷ Weitgehend einer Meinung waren die Religionsgelehrten, dass „there will be no stability and no end of terrorism as long as the Palestinian people are under occupation“.⁶⁸

2.c. Islamisten

Aktivitäten von Islamisten/islamistischen Organisationen gab es entsprechend der innenpolitischen Situation (Repression in Tunesien und Libyen; eingeschränkter Handlungsspielraum in Algerien) in nordafrikanischen Staaten am ausgeprägtesten in Marokko und Ägypten sowie im Sudan.⁶⁹

Marokko. Die marokkanischen islamistischen Organisationen, die legale *Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung* (PJD) wie auch die nichtlegalisierte, von Scheich Yassine geführte Organisation *al-Adl wal-ihsan*, hielten sich anfänglich mit größeren Erklärungen zurück, wenngleich selbst der PJD und al-Adl wal-ihsan in allgemeiner Form die Anschläge verurteilten. Erst nach Aufnahme der Luftangriffe am 7.10.2001 wurde die Position akzentuierter (Kritik an den „völlig überzogenen“ Angriffen in Afghanistan; die US-Gewalt in Afghanistan sei

⁶⁶ Die Moscheen wurden wegen möglicher Konsequenzen (anti-amerikanische Demonstrationen) deshalb nach den Anschlägen vom 11.9. besonders überwacht; vgl. El Watan, Algier, 23.10.2001 (Mosquées sous haute surveillance).

⁶⁷ BBC-Monitoring, London, 27.10.2001 (Clerics say ...)

⁶⁸ So der Präsident der Azhar-Universität, Ahmad Umar Hashim; vgl. Middle East Times, Nikosia, 13.10.2001 (Scholars say conflict will spawn terror).

⁶⁹ Vgl. zum Sudan den Beitrag „Schwarzafrika“ in diesem Nord-Süd-aktuell-Heft.

schlimmer als jene, die die USA bekämpfen wollen). Zugleich rief al-Adl wal-ihсан am 15.10.2001 zu einer Protestdemonstration gegen den „schmutzigen Krieg in Afghanistan“ für den 21.10. in Rabat auf. Diese Demonstration wurde von den Behörden am 18.10. verboten. Trotz dieses Verbots, an das sich die Organisation hielt, wurde die Kritik am Afghanistaneinsatz der USA fortgesetzt und zum „Jihad gegen die USA“ (al-Hayat, 26.10.) aufgerufen bzw. von der zu „bekämpfenden US-Aggression“ (al-Hayat, 4.11.) gesprochen.

Ägypten. Die ägyptischen islamistischen Gruppen, bereits vor dem 11.9.2001 Zielscheibe staatlicher Repression, warfen der Regierung vor, unter dem Deckmantel des antiterroristischen Kampfes die Opposition „zermalmen“ zu wollen; die Muslimbruderschaft verurteilte zwar die Anschläge in den USA, sie verurteilte gleichzeitig aber auch die Antiterrormaßnahmen der Antiterrorismuskalition, die „in Massaker an Palästinensern und Afghanen“ mündeten (al-Hayat, 26.10.2001); sie forderte deshalb am 12.11.2001 eine Parlamentsdebatte über die ägyptische Rolle in der Antiterrorkoalition.⁷⁰ Die anderen ägyptischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Gruppen äußerten sich mehr oder weniger in ähnlicher Form:⁷¹ Auf der einen Seite erfolgte die formale Verurteilung der Anschläge und des Terrorismus Ibn Ladins, auf der anderen Seite wurden Warnungen vor der sich verschärfenden Kontrolle der Gesamtregion durch die USA⁷² und der antiislamischen Zielrichtung der Antiterrorismusmaßnahmen ausgesprochen. Die offizielle wie die Parteipresse spiegelten das gesamte Spektrum der skizzierten Standpunkte ausführlich wider.⁷³

⁷⁰ Al-Hayat, London, 13.11.2001 (Misr).

⁷¹ Vgl. Stimmen in: al-Ahram Weekly, Kairo, 13.9.2001 (Condemning aggression).

⁷² Al-Hayat, London, 12.10.2001 (al-mu^ʿarada al-misriya).

2.d. Innerislamische Debatte

Die Anschläge in New York und Washington führten nicht nur zu den beschriebenen Aktionen der Islamisten, sie lösten darüber hinaus innerhalb der muslimischen Rechtsgelehrten und innerhalb des gesamten Spektrums islamischer wie islamistischer Organisationen und Parteien eine intensive Diskussion über das Ereignis und die Folgen aus. Hauptdiskussionspunkte waren die Legitimität der Anschläge an sich bzw. die Legitimität von Selbstmordanschlägen generell, die Statthaftigkeit einer Teilnahme von Muslimen an einer von Christen (gegen Muslime) geführten Antiterrorismuskampagne sowie die Definition von Terrorismus in Abgrenzung zu „legitimem Widerstand“. Dieser Diskussionsprozess ist noch längst nicht abgeschlossen und angesichts der nach wie vor bestehenden gegensätzlichen Auffassungen liegt ein Konsens in den Einzelaspekten in weiter Ferne – falls er überhaupt erreichbar ist. Die gegenwärtige Situation wird jedenfalls von der Gleichzeitigkeit der unterschiedlichen Auffassungen geprägt. Die Staatsführungen der nordafrikanischen und nahöstlichen Staaten versuchen allerdings durch eigene Eingriffe (z.B. Demonstrationsverbote; Zensur), durch Kritik an „radikalen“ Imamen wie sie zuletzt Mitte November 2001 der saudische Kronprinz Abdallah vorbrachte oder durch Veranstaltungen zur Förderung des interreligiösen Dialogs (z.B. in Alexandria Ende Januar 2002) sich als aktive Teilnehmer der Antiterrorismuskolalition zu präsentieren und Angriffsfläche für die USA zu reduzieren.

Die Anschläge vom 11.9.2001, die mit Ausnahme des militanten Spektrums islamistischer Gruppen zu Kondolenzbekundungen gegenüber den Opferfamilien

⁷³ Vgl. das Dossier in: Le Monde, Paris, 11.11.2001 (Au Caire).

führten,⁷⁴ spaltete die Religionsgelehrten in zwei Gruppen: 1. In eine kleinere, die wie die Religionsgelehrten um die jordanische Zeitschrift *al-Sabil* die Erklärungen Usama Ibn Ladins und damit implizit sein Handeln lobten, weil er u.a. sehr erfolgreich die verantwortliche Rolle des Westens für die Tragödien der Araber und Muslime thematisiert habe, und 2. in eine weitaus umfangreichere Gruppe, die sowohl die Anschläge als auch die Aufrufe Usama Ibn Ladins zum „heiligen Krieg“ verurteilten. So erließ der jordanische Fatwa-Rat am 16.9.2001 ein Fatwa, in dem er die Tötung unschuldiger Personen verurteilte, und das libanesische *Dar al-Fatwa* bezeichnete am 18.10.2001 die Anschläge als „dem Geist des Islam fremd“. Bereits am 14.9.2001 hatten 46 Führer islamischer Gruppen und Rechtsgelehrte die Anschläge verurteilt und die Muslimbruderschaft in Ägypten plädierte sogar für die Ausweisung Ibn Ladins an die USA, sofern seine Schuld feststünde. Der iranische Präsident Hojjatulislam Chatami verurteilte vor Freitagspredigern am 9.10.2001 den Terrorismus, insbesondere den Terrorismus im Namen des Islam, wie ihn Usama Ibn Ladin praktiziere.

Besonders heftige Auseinandersetzungen gab es über die Frage, ob Selbstmordanschläge – ob der Anschlag auf das *World Trade Center* oder Anschläge in Israel – überhaupt mit den Prinzipien des Islam vereinbar seien. Der im ganzen arabischen Raum prominente ägyptische Religionsgelehrte Yusuf al-Qaradawi brandmarkte in einem Fatwa den Einsatz von Zivilflugzeugen für Anschläge und die Tötung von Unschuldigen als „unislamisch“. Zahlreiche andere bekannte Religionsgelehrte wie der Großscheich der Azhar-Universität Muhammad S. Tantawi oder der Imam der Großen Moschee in Mekka, Abdallah al-Subail, verurteilten Selbstmordanschläge mit theologischen Argumenten (Schutzgebot des Lebens gemäß Scharia usw.). Andere Religionsgelehrte

⁷⁴ Vgl. das exemplarische Schreiben der jordanischen Muslimbruderschaft, in: BBC, London,

wiederum wie im übrigen 64 % der palästinensischen Bevölkerung (gemäß einer Umfrage vom Dezember 2001) billigten Selbstmordanschläge als legitime Antwort insbesondere auf Israels illegales Verhalten in Palästina. Zu den prominentesten Befürwortern zählen der syrische Großmufti Ahmad Kaftaro⁷⁵ und der ägyptische Mufti Scheich Nasir Farid Wasil.⁷⁶

Die an die USA gerichtete Kritik an der vom Department of State veröffentlichten Liste der Terrorismus praktizierenden Organisationen und Gruppen⁷⁷ genauso wie die Kritik am „amerikanischen Staatsterrorismus“ (vor allem nach Beginn der Luftangriffe in Afghanistan am 7.10.2001) führte unter Religionsgelehrten und islamistischen Organisationen mehrheitlich zur Ablehnung der Antiterrorismuskalition. Einige Persönlichkeiten wie der Schiitenführer Husain Fadlallah riefen sogar zur Aktion gegen die USA auf, die mit ihrem Kampf unter dem Slogan „infinite justice“ unbegrenzten Terrorismus praktiziere. Ob bahrainische, marokkanische oder iranische Religionsführer: Die Auffassung, dass in Afghanistan Terrorismus mit terroristischen Mitteln bekämpft werde, Stärke über Weisheit dominiere, war weit verbreitet.⁷⁸ Fatwas gegen die Beteiligung an der Antiterrorismuskalition, darunter auch vom ägyptischen Mufti, waren deshalb weitaus häufiger als billigende Fatwas, die zudem oftmals nur indirekt Stellung bezogen, indem sie die ablehnenden Fatwas der Islamisten zurückwiesen (al-Hayat, 5.10.2001). Am deutlichsten für die Teilnahme von Muslimen an der Antiterrorismuskalition – obwohl sie sich gegen Muslime richtet – sprachen sich am 27.9.2001 mittels einer Fatwa eine Gruppe von bekannten amerikanischen muslimischen Rechtsgelehrten aus. Sie wollten damit

11.10.2001

⁷⁵ Vgl. L'Orient-le Jour, Beirut, 10.9.2001.

⁷⁶ Vgl. The Jordan Times, Amman, 4.12.2001 (Mufti).

⁷⁷ Vgl. exemplarisch den stellvertretenden Generalsekretär der Hizbullah Scheich Na'im Qasim, in: al-Hayat, London, 19.10.2001.

den Einsatz muslimischer Soldaten in Afghanistan als loyalen Akt rechtfertigen. Immer wiederkehrendes Argument in der Diskussion der Rechtsgelehrten war und ist die fehlende verbindliche Definition von Terrorismus. Nicht nur der Generalsekretär der *Islamischen Weltliga*, Abdallah al-Turki, sondern auch die *Organisation Islamische Konferenz* und die *Arabische Liga* fordern diese Definition. Die *Islamische Weltliga* versammelte wegen der Definitionsproblematik Anfang Januar 2002 in Mekka zahlreiche Religionsgelehrte, die sich auf eine indes nicht unumstrittene Definition von Terrorismus einigten; demnach ist Terrorismus „jede ungerechtfertigte Aggression gegen menschliche Wesen, ausgeführt von Individuen, Gruppen oder Staaten“ (L’Orient-le Jour, 11.1.2002). Mit dieser Definition gilt Israels Politik in Palästina als terroristisch und jede Gegenaktion wird zum „legitimen Widerstand“. Von Terrorismus (arabisch: irhab) wird von den Rechtsgelehrten aber auch der Jihad unterschieden, der als „das Bestreben zur Beendigung von Ungerechtigkeit, zur Herstellung von Recht und zur Sicherung von Frieden“ bezeichnet wird (Arab News, 11.1.2002). Ob mit dieser Definition die „schillernde Bedeutung des Begriffes Jihad“ (Neue Zürcher Zeitung, 26.11.2001) präziser bestimmt wurde, bleibt indes angesichts zahlreicher anderer Exegesen wie jener der Azhar-Universität mehr als fraglich. Unisono wurde hingegen im gesamten islamischen Raum betont, dass der Islam „eine Religion des Friedens“ (so explizit der saudische Mufti AL Shaikh), das „islamische System gegen Terrorismus“ (so der iranische Innenminister Musavi-Lari) sei bzw. es „no such thing as extremism in Islam“ gebe (Kronprinz von Dubai). Um diesem Bild, um dessen Verbreitung hauptsächlich die Staatsführungen bemüht sind, gerecht zu werden, gab es nicht nur Ansätze zur politischen Kontrolle der im Widerspruch

⁷⁸ Vgl. Berichte in al-Hayat, London, 11.11.2001; BBC, London, 22.11.2001.

dazu stehenden Rechtsgelehrten,⁷⁹ sondern auch Kritik am „Islambild des Westens“. Ein in Mekka im Januar 2002 neugegründetes Zentrum soll sich deshalb speziell der Verbesserung des Islambildes „im Westen“ widmen.

3. Qa'ida-Tracking und Kampf gegen Finanznetzwerke

Unmittelbar nach dem 11.9.2001 erhob sich zwangsläufig eine in der US-Administration wie auch in der amerikanischen Öffentlichkeit geführte Debatte darüber, wie auf die Anschläge reagiert bzw. ihre Urheber zur Rechenschaft gezogen werden sollen. Durchgesetzt hat sich hinsichtlich der operativen Umsetzung die Fraktion derjenigen, die zwar ein entschlossenes Handeln billigte, aber vor zu schnellen Reaktionen, vor allem Überreaktionen warnte.⁸⁰ Konzeptionell standen von Anfang an zwei Varianten der Terrorbekämpfung zur Diskussion, die spätestens nach der Weigerung der Taliban-Führung zur Auslieferung Usama Ibn Ladins und der Schließung der Qa'ida-Lager nicht mehr als fakultativ, sondern als komplementär, nicht als sukzessiv, sondern als parallel zu verfolgende Strategien eingestuft wurden:

- Erstens die vollständige Aushebung des Qa'ida-Netzwerkes („Qa'ida tracking“) einschließlich verbündeter terroristischer Netzwerke bei gleichzeitiger Bekämpfung des finanziellen Unterstützungsnetzwerkes bzw. der Finanzstruktur der Qa'ida und
- zweitens die militärische Beseitigung von Regimen, die terroristischen Netzwerken Unterstützung zukommen lassen oder deren Aktivitäten auf

⁷⁹ Vgl. bzgl. Saudi-Arabiens Neue Zürcher Zeitungm Zürich, 16.11.2001 (Gardinenpredigt für saudische Geistliche).

⁸⁰ So z.B. Außenminister Colin Powell oder Walter Laqueur, Direktor des *Center for Strategic and International Studies* in Washington; vgl. Die Welt, Berlin, 24.9.2001 (Die Angst ist ein noch schlechterer Ratgeber als die Rache); vgl. auch die Ausführungen von Stanley Hoffman, Professor für Internationale Politik an der Universität Harvard, in: Jeune Afrique, Paris, 6.11.2001 (Pourquoi l'Amérique doit être modeste).

eigenem Staatsterritorium dulden (d.h. terroristische *safe haven* bereitstellen).

Die Umsetzung der beiden Strategien variierte indessen entsprechend den taktischen Erfordernissen. So war offensichtlich, dass bis zum Beginn der militärischen Operationen gegen die Taliban in Afghanistan am 7.10.2001 die Ermittlungsarbeit gegen das Qa'ida-Netzwerk und seine finanzielle Infrastruktur nach außen dominierten, während ab 7.10.2001 die militärischen Aktionen im Vordergrund standen. Nach dem Fall von Kabul am 13.11.2001, der Einnahme der Taliban-Hochburg Kandahar und der Eroberung der Qa'ida-Festung von Tora Bora im Dezember 2001,⁸¹ mit der der Afghanistan-Feldzug weitgehend sein ursprüngliches Ziel (überraschend schnell)⁸² erreichte, wurde zwangsläufig wieder die Frage nach den prioritären „Kriegszielen“ akut:

- Fortsetzung der Suche nach dem verschwundenen Qa'ida-Führer Usama Ibn Ladin, dem Taliban-Führer Mulla Umar und anderen flüchtigen Kadern des Terrornetzwerkes oder
- stärkere Konzentration auf die Liquidierung weiterer *terrorist safe haven*, insbesondere jene, in die sich aus Afghanistan geflüchtete arabische Qa'ida-Mitglieder gerettet haben.

Die USA und die von ihr geschmiedete Antiterrorismuskalition treten deswegen gegenwärtig in eine kritische Phase ein, hat doch der Antiterrorismuskampf/-krieg Anfang 2002 ein Stadium erreicht, wo er sich sowohl zeitlich als auch räumlich

⁸¹ Dies schloß vereinzelt Luftangriffe (sog. Zweit- und Drittschläge) auf Überreste von Qa'ida-Lagern und Regenerierungsversuche von Qa'ida-Kämpfern in den südwestlichen Gebirgsregionen zu Pakistan nicht aus; vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 9.1.2001 (Wieder Schläge auf Al-Qaida-Lager).

⁸² Der schnelle Erfolg trotz aller vorherigen skeptischen Mutmaßungen über einen langen, bevorstehenden Guerillakrieg, einen Kriegseinsatz durch eine zerbrechliche Antiterrorkoalition usw. (vgl. exemplarisch die Überlegungen von Lothar Rühl in: Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 14.11.2001: Koalitionspolitik und Kriegsstrategie unter dem Halbmond) hat US-Vizeverteidigungsminister Wolfowitz ganz andere Sorgen beschert: „Ce qui m'inquiète, c'est que

auszudehnen beginnt, sich – wie Herbert Kremp es formulierte – „auf Wanderschaft begibt“.⁸³

Die USA selbst scheinen hierfür gut gerüstet:⁸⁴ Zum einen befürwortet die Mehrheit der US-Bevölkerung eine Ausweitung des „Feldzuges gegen den Terror“ (zumindest im Dezember 2001 72 % Zustimmung für einen Militäreinsatz gegen den Irak; 75 % Zustimmung für Angriffe auf Terroristenstützpunkte im Jemen, im Sudan und in Somalia),⁸⁵ zum anderen bereitet die US-Administration psychologisch den Boden, indem sie offen davon spricht, dass der Kampf gegen den Terrorismus „ein langer, harter Einsatz“ (Außenminister Powell) wird. Präsident Bush bezeichnete Afghanistan „erst als Anfang“ und das Jahr 2002 als „Kriegsjahr“.⁸⁶ In völkerrechtlicher Hinsicht argumentieren die trotz *Antiterrorkoalition* unilateralistisch denkenden und handelnden USA⁸⁷ mit dem Recht auf Selbstverteidigung. Obwohl ein Vorgehen gegen Drittstaaten von Kritikern verurteilt wird, weil es im Widerspruch zur UNO-Charta steht und durch die am 12.9.2001 vom UNO-Sicherheitsrat verabschiedete Resolution 1368 zur Terrorismusbekämpfung nicht legitimiert ist,⁸⁸ hat US-Verteidigungsminister

beaucoup de gens puissent penser que l'histoire est terminée“ (Le Monde, Paris, 29.11.2001: Paul Wolfowitz).

⁸³ Vgl. Die Welt, Berlin, 3.1.2002 (Ein Sühnekrieg auf Wanderschaft).

⁸⁴ Dies schließt einen von Präsident Bush gebilligten Verteidigungshaushalt in Höhe von 318 Mrd. US-\$ (!) für das Jahr 2002 ein; Le Monde, Paris, 12.1.2002 (318 milliards de dollars ...).

⁸⁵ Die Welt, Berlin, 22.12.2001 (US-Mehrheit für Ausweitung des Feldzuges gegen Terror).

⁸⁶ Vgl. Die Welt, Berlin, 20.10.2001 (Powell: Ein langer, harter Einsatz); Frankfurter Rundschau, Frankfurt a.M., 13.10.2001 (Bush spricht von Jahren des Krieges); Die Welt, Berlin 23.11.2001 (Afghanistan ist erst der Anfang); Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 24.12.2001 (Bush: Das nächste Jahr wird ein Kriegsjahr).

⁸⁷ Vgl. hierzu das ausführliche Interview mit dem früheren außenpolitischen Berater von US-Präsident Carter, Zbigniew Brzezinski, in: Die Welt, Berlin, 11.12.2001 (Politisch und militärisch existiert Europa nicht); vgl. auch die signifikante Aussage von US-Verteidigungsminister Rumsfeld, die den Sachverhalt widerspiegelt („In diesem Krieg wird die Mission die Koalition definieren – nicht anders herum.“).

⁸⁸ Vgl. Frankfurter Rundschau, Frankfurt a.M., 15.9.2001 (Staaten beseitigen oder Völker kollektiv bestrafen?); Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 9.10.2001 (Washington muß sich auf den Kampf gegen Terroristen beschränken); ebenda, 21.12.2001 (Nur im Rahmen des Rechts).

Rumsfeld im Dezember 2001 selbstbewußt verkündet, dass die USA kein neues Mandat der UNO für ihren geplanten Feldzug gegen Drittstaaten brauchen.⁸⁹

3.a. Qa'ida-tracking

Die bislang relativ erfolgreiche Zerschlagung des Qa'ida-Netzwerkes in Afghanistan wie auch außerhalb hat die Frage nach der weiteren Zielsetzung in bezug auf al-Qa'ida aufgeworfen: Während eine Fraktion in der US-Administration sich mit dem gegenwärtig erreichten Zustand zufrieden zeigt und mögliche Kapitulationen von Qa'ida-Kämpfern zu akzeptieren bereit ist, tendieren andere dazu, den Kampf gegen Qa'ida-Mitglieder trotz der erzielten Erfolge unnachsichtig fortzusetzen und ihre „Auslöschung“ zu betreiben.⁹⁰ Verschiedene Äußerungen lassen vermuten, dass die zuletzt genannte Option derzeit präferiert wird; Anteil an dieser Entscheidung hat zweifellos die harte Haltung von Qa'ida-Mitgliedern (hohe Moral; geringe Reuebereitschaft). Einen Anteil hat aber auch die Tatsache, daß trotz der Demonstration überlegener Waffentechnologie den USA die Genugtuung eines Todes von Ibn Ladin oder seine Gefangennahme bislang versagt blieb, weil ihm allen Anschein nach über Iran die Flucht ins Ausland gelang.⁹¹ So äußerte US-Vizeverteidigungsminister Wolfowitz im November 2001, dass Ibn Ladin „sowohl aus symbolischen als auch aus operativen Gründen das wichtigste Ziel“⁹² der Operationen bleibe, selbst wenn er nicht das einzige Ziel sei. Nach Angaben von US-Generalstabschef General

⁸⁹ Le Monde, Paris, 20.12.2001 (Selon Washington, aucun nouveau mandat de l'ONU n'est nécessaire pour frapper d'autres pays).

⁹⁰ Vgl. zur Diskussion International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 14.12.2001 (Defining the objective of U.S. fury: to defeat or to annihilate Qaida?); ebenda, 15.1.2002 (Down but not out: Qaida danger persists).

⁹¹ Dies gilt auch für Taliban-Führer Mulla Umar: „Keiner weiß, wo sie sind“; vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 7.1.2001; Financial Times, London, 16.1.2002 (Shadowy war keeps up hunt for al-Qaeda); Die Welt, Berlin, 21.1.2002 (Osama Bin Laden soll schon längst über den Iran geflohen sein).

Myers werde vielmehr die gesamte Qa^cida-Führung, die mehrere Dutzend Personen umfasse, gesucht.⁹³ Das Qa^cida-tracking bleibt denn auch in Zukunft eine zentrale Aufgabe („Keep the focus on Qaida, wherever it operates“)⁹⁴ und die Resolution des UNO-Sicherheitsrates vom 17.1.2002 mit ihren globalen Sanktionsmaßnahmen gegen al-Qa^cida (Einfrierung von Qa^cida-Geldern; Beachtung des Reiseverbots für Qa^cida-Mitglieder; striktes Waffenembargo)⁹⁵ schafft eine international legitimierte Grundlage.

3.b. Kampf gegen Finanzstrukturen

Der Kampf gegen das Qa^cida-Netzwerk erstreckte sich sofort nach den Anschlägen auch auf das Finanzierungssystem Usama Ibn Ladins und verbündeter Organisationen (einschließlich des Fundraising-Systems) sowie – im weiteren Operationsfeld des Antiterrorkampfes – auch die generell stärkere Bekämpfung von Geldwäsche, die schärfere Kontrolle von Geldtransfers und die Erarbeitung von Mechanismen zur Verhinderung von Missbrauch innerhalb von islamischer Finanzinstitutionen. Die unter amerikanisch-europäischem Druck zustande gekommenen internationalen Bekämpfungsmaßnahmen (u.a. Aufgabenerweiterung der bei der OECD angesiedelten *Financial Action Task Force/FATF*;⁹⁶ ausgeweitete Aktivitäten der *Groupe d'action financière sur le blanchiment de Capitaux/GAFI*;⁹⁷ G-7-Aktionsplan vom Oktober 2001; Ratifizierung der am 10.1.2000 verabschiedeten *Internationalen Konvention zur*

⁹² Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 29.11.2001 (Wolfowitz: Das wichtigste Ziel ist Bin Ladin selbst).

⁹³ Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 22.11.2001 (Bin Ladin nicht das einzige Ziel der Amerikaner).

⁹⁴ So der Ex-Chief of Counterterrorism Vincent M. Cannistraro, in: International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 6.12.2001.

⁹⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 18.1.2002 (Weltweite Sanktionen gegen Al Qaida).

⁹⁶ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 1.11.2001 (Kampf gegen Terroristen-Gelder).

Unterbindung der Finanzierung von Terrorismus durch zahlreiche Staaten nach den Anschlägen vom 11. September) wurden dabei ergänzt durch die von den USA im Rahmen der Antiterrorcoalition eingeforderten lokalen Maßnahmen zur Trockenlegung des al-Qa'ida-Finanznetzwerks bzw. seines Zuflusssystemes über Spenden,⁹⁸ Zuwendungen von islamischen Wohlfahrtsorganisationen⁹⁹ und Gewinne aus legalen Aktivitäten.¹⁰⁰ Die lokalen einzelstaatlichen Maßnahmen fielen zwar in der Intensität unterschiedlich aus und waren regional eher auf den Mashriq als den Maghreb konzentriert, umfassten in der Regel aber zwei Komponenten: *Erstens* die Einfrierung von Geldern jener Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen, die bereits von den USA (Liste vom 24.9.2001), der Europäischen Union (Liste vom 8.10.2001) und der UNO (Liste vom 28.11.2001) der Unterstützung der Qa'ida oder als Bestandteil des Qa'ida-Netzwerks bezeichnet wurden. Während sich die Golfstaaten¹⁰¹ dabei äußerst kooperativ verhielten und die Listen der USA weitgehend übernahmen, waren andere Staaten (Libanon; Saudi-Arabien; die Palästinensische Autonomiebehörde) zurückhaltend. So weigerte sich beispielhaft der libanesische Finanzminister Fu'ad Siniora, die Konten der Hizbollah einzufrieren, mit dem Hinweis, „der Libanon betrachte die Hizbullah als Widerstandsbewegung und nicht als

⁹⁷ Vgl. L'Orient-le Jour, Beirut, 28.1.2001 (Le financement du terrorisme au coeur de la réunion du GAFI) ; eine spezielle antiterroristisch ausgerichtete GAFI-Abteilung wird im Juni 2002 zum Einsatz kommen.

⁹⁸ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 15.11.2001 (Wohltätige Hilfe für Terroristen?); L'Orient-le Jour, Beirut, 17.11.2001 (Les réseaux islamistes seraient financés à travers la zakat); Le Monde, Paris, 13.11.2001 (Les réseaux saoudiens du financement de Ben Laden).

⁹⁹ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 10.10.2001 (Jagd auf Kaida-Gelder am Golf. Schärfere Aufsicht über Wohltätigkeitsorganisationen).

¹⁰⁰ Vgl. Die Welt, Berlin, 27.9.2001 (Terror-Gelder hinterlassen kaum Spuren. Bin Ladens Reichtum basiert überwiegend auf legalem Gewinn).

¹⁰¹ Vgl. Liste in BBC, London, 29.9.2001 (UAE freezes accounts of terrorist organizations, individuals).

terroristische Gruppe“ (Neue Zürcher Zeitung, 7.11.2001). Saudi-Arabien hingegen zögerte, Konten der einflussreichen Ibn-Ladin-Familie einzufrieren.¹⁰²

Zweitens die Verschärfung bestehender oder die Verabschiedung neuer gesetzgeberischer Maßnahmen einschließlich der Einrichtung neuer Organe zur Bekämpfung von terroristischen/kriminellen Finanzoperationen. Das regionale Zentrum für solche Maßnahmen lag allerdings wiederum eher im Mashriq als im Maghreb, wo – dies gilt vor allem für Tunesien und Algerien – im Rahmen der langjährigen Terrorismusbekämpfung bereits entsprechende Kontrollaktivitäten umgesetzt wurden. Neben Maßnahmen zur besseren Kontrolle islamischer Wohltätigkeitsorganisationen (und ihrer Aktivitäten) und der Überwachung von Spendenaktionen sind so in erster Linie in Saudi-Arabien¹⁰³ und den Golfstaaten¹⁰⁴ neue Initiativen zur Bekämpfung der Geldwäsche zu erwarten; in Saudi-Arabien wurde hierzu im Januar 2002 eine der *Saudi Arabian Monetary Agency* unterstellte eigenständige „Finanzpolizei“, sog. Spezialeinheiten zum Kampf gegen Schmutzgeld,¹⁰⁵ eingerichtet.

Schlussbemerkung

Die skizzierten Reaktionen der Mehrzahl nahöstlicher Staatsführungen auf die Antiterrorismusstrategie der USA können trotz aller Unterstützungssignale zugunsten der Terrorismusbekämpfung ein Unbehagen in den nahöstlichen

¹⁰² Vgl. International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 29.1.2002 (US seeks to boost Saudi co-operation over terror financing).

¹⁰³ Saudi-Arabien tut sich wegen der bestehenden Solidarität zahlreicher Politiker und Geschäftsleute mit der islamistischen Bewegung hierbei schwer; vgl. Die Welt, Berlin, 17.10.2001 (Drehscheibe Saudi-Arabien).

¹⁰⁴ Vgl. L'Orient-le Jour, Beirut, 30.10.2001 (Les pays du Golfe resserrent discrètement l'étau autour les islamistes); International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 6.11.2001 (Arab Emirates step up effort to curb terrorist's cash flow). Vgl. L'Orient-le Jour, Beirut, 16.1.2002 (Création des unités spéciales pour lutte contre l'argent sale); BBC, London, 22.3.2002 (Saudi government takes steps to regulate charities, fight money laundering).

Staaten nicht verdecken; schließlich ist den nahöstlichen Staatsführungen die Antiterrorismuskoooperation von der dominanten Weltmacht USA quasi ultimativ aufgezwungen worden (US-Präsident Bush: „Either you are with us or you are with the terrorists.“). Zwei Gründe sind vor diesem Hintergrund maßgeblich für die Entscheidung zur Teilnahme an der Antiterrorismuskalition: Einige Staaten wollen den eigenen Schutz vor einem eventuellen militärischen Eingreifen der USA gewährleisten, die anderen wollen die weitere finanzielle oder militärische Unterstützung durch die USA nicht gefährden. Das bei den nahöstlichen Staatsführungen durchgängig vorhandene Unbehagen gegenüber dieser Zwangskooperation und das Misstrauen gegenüber den USA drückt sich indirekt in der Forderung nach einer UNO-Konferenz zum Thema Terrorismus und einer in diesem Rahmen gemeinsam erarbeiteten und verabschiedeten bindenden Definition für Terrorismus und legalen Widerstand aus. Die regelmäßigen Andeutungen seit dem 11. September über Pläne der US-Administration zum militärischen Eingreifen in nahöstlichen Staaten und die widersprüchlichen Aussagen zu bevorstehenden Militärschlägen gegen Drittstaaten (an erster Stelle: der Irak) schüren Unsicherheit und Ressentiments in den nahöstlichen Staaten, die gegenwärtig (noch) durch die Kooperationsbereitschaft überdeckt werden. Der Unilateralismus der USA, wie er bei der Festlegung der Antiterrorismusstrategie exemplarisch zum Ausdruck kam, gefährdet indes eine Einbindung nahöstlicher Staaten in die formal multilateral angelegte internationale Strategie. Langfristig kann diese Strategie gegen transnationalen Terrorismus jedoch nur erfolgreich sein (z.B. bei der Austrocknung vor allem der Finanzierungsquellen), wenn die Bekämpfung auf breiter Basis steht, d.h. wenn die nahöstlichen Staaten dauerhaft

¹⁰⁵ Vgl. L'Orient-le Jour, Beirut, 16.1.2002 (Création des unités spéciales pour lutte contre l'argent sale) ; BBC, London, 22.3.2002 (Saudi government takes steps to regulate charities, fight money laundering).

einbezogen werden. Die Drohungen der USA mit Militärschlägen gegen Drittstaaten in Nahost untergraben die fragile Antiterrorismuskolalition und verstärken zudem den bereits jetzt latenten politischen Antiamerikanismus,¹⁰⁶ der zusätzlich durch das im arabischen Raum als einseitig pro-israelisch wahrgenommene Verhalten der US-Administration im eskalierenden israelisch-palästinensischen Konflikt seit 2000 geschürt wird. Der Balanceakt der arabischen Staatsführungen zwischen Antiterrorengagement und „Stimmung des Volkes“ wird damit zusehends schwieriger.

¹⁰⁶ Vgl. hierzu Faath, Sigrid/Mattes, Hanspeter: Antiamerikanismus und politische Gewalt. Ausdrucksformen und Potential in Nordafrika/Nahost, Hamburg, November 2001 (Wuqûf-Kurzanalysen, Nr. 13), 31 Seiten.